



Medienmitteilung vom 26. Juni 2009

Diskriminierung kostet Geld – deshalb mehr Frauen in die Verwaltungsräte!

Die Rechtskommission des Nationalrates behandelt heute die parlamentarische Initiative Roth-Bernasconi „[Mehr Frauen in den Verwaltungsräten](#)“, die fordert, dass in Verwaltungsräten von an der Schweizer Börse kotierten Gesellschaften und von Gesellschaften mit Bundesbeteiligung mindestens zu 30 Prozent Frauen respektive Männer vertreten sein müssen. Diesen Antrag werden die SP Frauen auch an der morgigen DV der SP Schweiz stellen.

Die gegenwärtige Finanzkrise zeigt, was passiert, wenn jene Marktkräfte unkontrolliert spielen, die keine externe Aufsicht haben, und die staatlichen Instanzen aus ideologischen Gründen ausgeschaltet werden. Sie zeigt auch klar, dass die Männergremien in den Führungsetagen zunächst für sich selbst wirtschaften und später dann das eigene Versagen von allen ausbaden lassen. Dieselben, die das System zu Grunde gerichtet haben, können jetzt nicht automatisch die Lösung bringen. Das wäre das Syndrom des pyromanischen Feuerwehrmannes. Um eine neue Katastrophe zu verhindern muss jetzt das Primat der Politik erneut bestätigt werden indem ein anderes Wirtschaften mit ethischen, sozialen und ökologischen Kriterien an Bedeutung gewinnt. Und unter den sozialen Bedingungen sind auch jene zur Gleichstellung der Geschlechter zu verstehen.

Aber nicht nur: Die Frage der „Diversity“ in den Unternehmen ist nicht nur eine feministische oder Frauenfrage. Es handelt sich um eine ökonomische Frage, und als solche ist sie von den Unternehmen, die sich um ihr Wachstum und ihre finanziellen Spitzenleistungen kümmern, zu behandeln, sagen Avivah Wittenberg-Cox und Alison Maitland im Le Temps vom 23. Mai 2009. In der Tat kosten Diskriminierungen jede Gesellschaft viel Geld und nur die Diversität in diesen Gremien ermöglicht ein nachhaltiges Wirtschaften!

Bis jetzt ist nur knapp jede 10. Person in einer Unternehmensleitung eine Frau. Managerinnen aber garantieren rund 10 Prozent bessere Renditen und 48 Prozent höhere Margen als der Branchendurchschnitt. Das belegt die 2007 erstellte McKinsey-Studie „Women matter“. Managerinnen den Weg zur Unternehmensspitze mit gezielten Massnahmen nicht zu ebnen, ist also nicht nur eine unternehmerische Dummheit, sondern auch volkswirtschaftlich katastrophal, wie die gegenwärtige Finanzkrise zeigt. Deshalb braucht es die verbindliche Geschlechterquote im Verwaltungsrat jedes Unternehmens.

Maria Roth-Bernasconi steht nach der Sitzung der Rechtskommission um 14 Uhr gerne für ihre Fragen zur Verfügung.